

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei postmässiger
Anstellung 2,50 M., durch die Post
2,25 M., an Postumschlaggebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Bei sämtlichen Zeitungs-Beziehungen
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für ausserhalb eingehende Bestellungen
nach dem Besonderen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Beitung“ gestattet.
Herausgeber der Redaktion Nr. 1140;
der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Bezugsstellen: Saale-Beitung
Nr. 63, 1; Leipziger Nr. 500 a. 501.

Abend-Ausgabe.

Saale-Beitung.

Zweimonthlicher Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzelle oder deren
Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Mühlstraße 63, 1, sowie von
unseren Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditoren angenommen.
Werktagen die Seite 75 Pf.
Sonntags wöchentlich 10 Pf.;
Samstags und Montags einmal
10 Pf. pro mal täglich.
Redaktion und Druck: Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Braustraße 17;
Anzeigen-Geschäftsstelle: Markt 24.
Annoncen-Geschäftsstelle: Mühl-
straße 63, 1; Leipziger Nr. 500 a. 501.

Nr. 382.

Halle a. S., Sonnabend, den 15. August

1908.

Landwirtschaftlicher Unterricht im Heere.

Wie offiziös mitgeteilt wird, sollen im nächsten Winter Versuche gemacht werden, bei einzelnen Truppenstücken landwirtschaftlichen Unterricht einzuführen. Dem Reichstag sollen in der nächsten Tagung bestimmte Pläne unterbreitet werden.

Diese Maßnahme entspringt einer Resolution, die im Frühjahr d. J. vom Reichstage angenommen worden ist. Bei Beratung des Militärrechts wurde ein Antrag angenommen, bei der verbündeten Regierung ersucht, Erwägungen zu veranlassen, ob im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Behörden und Organisationen, sowie unter Beteiligung der Schulbehörden, in den einzelnen Bundesstaaten für freiwillige Teilnehmer aus den Mannschaften des zweiten Jahrgangs im Heeresheer Unterricht im landwirtschaftlichen und gewerblichen Fortbildungsschulwesen eingeführt werden kann. In der Budgetkommission hatte dieser Antrag zu längerer Verhandlung Anlaß gegeben. Anfangs wurden verschiedene Bedenken gegen den Vorschlag geltend gemacht; so wurde von einem Mitgliede des Zentrums der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß dann die zweijährige Dienstzeit nicht ausreiche und vor allem die Beurlaubungen zur Ernte aufhören würden. Es sei auch fraglich, ob man die nötigen Kräfte zum Unterricht finde. Auch von sozialdemokratischer Seite wurde dem Antrag widersprochen und betont, daß die Kaserne nicht zur Fortbildung geeignet gemacht werden dürfe. Da aber andererseits auf die günstigen Erfahrungen in Bayern hingewiesen werden konnte und der Kriegsminister erklärte, daß er im allgemeinen einer derartigen Fortbildung der Soldaten nicht unsympathisch gegenüberstehe, wurde der Antrag in der von freimüthiger Seite vorgeschlagenen Fassung angenommen, daß zunächst Erwägungen über die Durchführbarkeit des Gedankens angestellt werden sollen. Der Antrag der Budgetkommission fand im Plenum einstimmige Annahme.

Kannherz sollen die vom Reichstage gewünschte Versuche unternommen werden. Nach den vom Kriegsminister angefertigten Vorschlägen soll der Unterricht fakultativ sein, in den Freizeitstunden nach dem Tagesdienst stattfinden, nicht mehr als zwei Stunden in der Woche beanspruchen und der Heeresverwaltung keine Kosten verursachen. Teilnehmer dürfen nur Mannschaften des zweiten oder dritten Jahrgangs und Unteroffiziere. Der Unterricht soll nicht von militärischen Vorgesetzten, sondern von geeigneten Zivilpersonen erteilt werden und sich auf Boden-, Düngungs-, Pflanzen-, Tier-, Jagd- und Betriebslehre erstrecken. Auch können Besuche von Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen vorgenommen werden, wenn sich solche am Standorte befinden.

Das Vorgehen der Heeresverwaltung wird Beifall finden. Die Versuche mit ähnlichen Unterrichtskursen in Bayern haben sich wohl bewährt, die Beteiligung an den Kursen war zufriedenstellend, so daß auch Württemberg und Preußen sich den Versuchen angeschlossen haben. Durch solchen Unterricht wird der durch die Dienstzeit hervorgerufenen Entfremdung vom landwirtschaftlichen Beruf entgegenge wirkt und der Rücktritt in das bürgerliche Erwerbsleben erleichtert. Voraussetzung freilich ist, daß die militärische Ausbildung der Mannschaften dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Liberaler Einigung.

Die Förderung der Einigungsbefrebungen durch die Jungliberalen (Bildung eines Ausschusses der liberalen Parteien), deren Anregung gestern in dieser Zeitung wiedergegeben worden ist, eine Anregung, die, wie wir von vornherein betonen wollen, bei den liberalen Wählern unseres Wahlkreises viel Sympathie finden dürfte, wird auch von der „liberalen Correspondenz“ recht beifällig beurteilt; denn, so sagt die „C.“, der Plan an sich ist gut und wird gewiß die Zustimmung aller ehrlichen Liberalen finden, soweit sie nicht Parteisanftifter sind. Es ist auch nach unseren Erfahrungen richtig, daß der Gedanke der liberalen Einigung unter den Wählern im Lande fortgesetzt noch wächst, aber ehe die linksliberalen Parteien Stellung zu ihm nehmen, müßte man doch wohl wissen, wie die nationalliberale Parteileitung die Anregung ihrer Jugendorganisation beurteilt. Man weiß ja leider aus der Vergangenheit, daß manche lobenswerten Bestrebungen der jungen Nationalliberalen von den alten nicht nur nicht gefördert, sondern geradezu bekämpft worden sind. Und die Aufgabe, die sich die oft schon enttäuschten Jugendorganisationen hier gestellt haben, kann an Schwierigkeit in der Gegenwart nicht leicht überboten werden.

Das wollen wir gern zugeben, an „Schwierigkeiten“ ist in mangelreicher Hinsicht kein Mangel. Aber da sie, unseres Erachtens, mehr auf persönlichem als auf rein sachlichem Gebiete liegen, müßten sie überwunden werden können.

Daß ein Zusammenarbeiten aller liberalen Gruppen möglich ist, hat der viel angefeindete Bied bewiesen. Viel hängt natürlich von der nationalliberalen Parteileitung ab. — Sehr zutreffend sagt ein nationalliberales Organ, der „Hannoversche Courrier“:

Wir möchten der bestimmten Hoffnung Ausdruck geben, daß die nationalliberale Parteileitung sich dieser Anregung nicht verweigert. Ein fester Zusammenfluß der verschiedenen liberalen Parteien und vor allem der Fraktionen ist die wesentlichste und dringendste Aufgabe, die dem deutschen Liberalismus in unserer Zeit gestellt ist, wo die Feinde von allen Seiten gegen ihn anstürmen. Da geht es nicht an, im irgendwelcher Einzelvorgänge willen sich lau und absehnend zu verhalten, sondern es gilt, eifrig und aufrechtig auch mit den Liberalen anderer Obergerichte daran zu arbeiten, daß das liberale Bürgertum endlich wieder die Stellung erlangt, die ihm zukommt. Das kann nur auf dem Wege einer ernsthaften Verständigung geschehen, und die Form des Zusammengehens, die von dem Reichserbhand unserer Jugendvereine vorgeschlagen wird, ist bei einiger guten Willen erreichbar und lebensfähig. Das Verlangen nach einer solchen Verständigung ist in den Kreisen auch der nationalliberalen Partei härter und dringender als man an der leitenden Zentralfelle zu glauben scheint, denn immer mehr ist die Überzeugung durchgedrungen, daß nur ein festes Zusammengehen der liberalen Parteien dem Rückgang des Liberalismus, wie ihn die letzten Landtagswahlen aufgewiesen haben, Halt gebieten kann und allein in der Lage ist, den berechtigten liberalen Forderungen allmähliche Erfüllung zu verschaffen.

Wenn man daran denkt, daß gerade die Provinz Hannover bei der letzten Landtagswahl den stärksten agrarischen Anturismus auszuhalten hatte und gleichzeitig weiß, daß mancher Wahlkreis nicht verloren gegangen wäre, wenn sich Preussische und Nationalliberale auf einen Kandidaten geeinigt hätten, so wird man verstehen, warum das maßgebende liberale Organ dieser Provinz den Gedanken der Einigung am freudigsten begrüßt. Nach der jetzigen Haltung der parteiamtlichen „Nationallib.“ Cor. zu urteilen, die sich in der Rolle des Zandereers gefühlt, die das Heil ihrer Partei darin erblickt, wenn die Nationalliberalen sich ihre Eigenart und ihre Selbständigkeit nach rechts und nach links bewahren“, darf man vorläufig auf ein allzu großes Entgegenkommen der Parteileitung nicht rechnen, — es sei denn, daß die Jungliberalen Bewegung mächtig genug ist, die beherrschten alten Herren, die die Aufgaben einer neuen Zeit und der konservativen liberalen Gefahr nicht beachten wollen, in ein lebhafteres Tempo und damit — wie die „Frankf. Ztg.“ besonders betont — zu den freiwilligen Ausgangspunkten ihrer Partei wieder zurückzuführen.

Thüringische Eisenbahnschmerzen.

Die durch die thüringischen Staaten führenden Eisenbahnen befinden sich seit längerer Zeit im Besitz des preussischen Staates. Freilich ist es verstanden, jederzeit sich ziemlich günstigen Bedingungen, insbesondere unter geringfügigen Verpflichtungen gegenüber den thüringischen Staaten, die Eisenbahnen zu erwerben, und erst neuerdings ist man sich in Thüringen recht eigentlich darüber klar geworden, welche unermesslichen finanziellen Folgen für die heimischen Gemeinwesen der dadurch geschaffene Zustand hervorgerbracht hat. Nicht als ob man die Vorteile verkennete, welche die einseitige Regelung des Eisenbahnwesens für ganz Nord- und Mitteldeutschland mit sich führt, oder als ob man behaupten wollte, die preussische Eisenbahnverwaltung vernachlässige das über Thüringen ausgebreitete Schienennetz in besonderer Maße. Dagegen erhebt man Beschwerden über das rechtliche Verhältnis der betreffenden Staaten zu dem preussischen Fiskus, und immer dringender äußert sich der Wunsch nach einer Neuregelung dieses Verhältnisses. Als ein markantes Zeichen der Zeit dürfen die Konferenzen von Gera, Jena, Göttingen und Handelskammermitglieder verschiedener thüringischer Staaten betrachtet werden, die jetzt schon zweimal stattgefunden haben, zuerst im vorigen Jahre, dann am 14. Juni d. J. zu Eisenach. Bei der letztgenannten Konferenz ergab, wie wir der „Freimüthigen Zeitung“ entnehmen, eine lebhafteste Erörterung, die sich an ausführliche Referate angeschlossen, sollte Uebereinstimmung in der Beurteilung der Frage wie hinsichtlich der weiteren Behandlung. Einstimmig wurde eine Resolution gefaßt, in der die versammelten Abgeordneten des thüringischen Landtags und der Handelskammern sich bereit erklärten, „in eine energische Propaganda für die Interessen der thüringischen Staaten in der Eisenbahnfrage einzutreten“. Zugleich wurde zu dem früher gebildeten ad-hoc-Ausschuss ein Arbeitsausschuss mit dem Sitz in Sonneberg gewählt.

Ein Umstand insbesondere wird in Thüringen schmerzhaft empfunden, nämlich der, daß — abgesehen von den Kommunalabgaben — die preussischen Eisenbahnen von dem Staat ihre Steuern nicht an den Staat, in dem sie wohnen, zahlen, sondern an Preußen. Das geschieht freilich auf Grund eines Reichsgesetzes. Dieses ist vom 30. Mai 1870 datiert, stammt also aus einer Zeit, als es nur eine kleine Zahl von Beamten gab, die in einem frem-

den Staate wohnten. Kein Mensch hat sicherlich damals daran gedacht, daß einmal ganze Scharen preussischer Eisenbahnbeamten in einem andern Bundesstaat angestellt sein würden. Wie sich seitdem aber die Verhältnisse geändert haben, ergibt sich daraus, daß es in Thüringen gegenwärtig 3500 solcher Beamten gibt, die den Schutz und die Einrichtungen des Staates, in dem sie leben, genießen, aber ihre Steuern nach Preußen bezahlen und die den thüringischen Staaten einen Ausfall von etwa 150 000 Mark verursachen, eine Summe, die für die Gerechtigkeit dieser Beamten schon eine erhebliche Rolle spielt.

Man haben ja in diesem Falle wie auch in ihren allgemeinen Forderungen an den preussischen Eisenbahnbau die thüringischen Staaten keinen rechtlichen Anspruch auf Grund eines Gesetzes oder eines Vertrages — das ist ohne weiteres klar. Man macht aber dort Gründe der Billigkeit geltend und beruft sich ferner auf den Geist der Reichsverfassung, die es in ihrem Artikel 42 auspricht, daß die deutschen Eisenbahnen im Interesse des Verkehrs wie ein einziges Netz zu verwalten und daß zu diesem Besuche auch die neu herzustellenden Bahnen nach einheitlichen Normen anzulegen und auszurüsten sind. Wie es sich aber hiermit auch verhalten mag, man kann es wohl verstehen, wenn sich in den Reichstagen Mitteldeutschlands Protest dagegen regt, daß Preußen aus keinem Eisenbahnbau, von welchem die thüringischen Staaten einen gleichwertigen Bestandteil bilden. Insbesondere von Ministerium Mark Ueberhaupt erzieht, an denen die thüringischen Staaten auch nicht den geringsten Anteil haben und auch nicht in alle Zukunft haben sollen.

Deutsches Reich.

Sol- und Personalnachrichten.

— Fürk B. W. W. wird nach „Bürgerzeitung“ während der Kaiserjahren im Bürgermeisteramt zu Straßburg logieren. Der Aufenthalt des Reichstagslers in Elbst-Lothringen ist hauptsächlich mit der Staatssekretär- und Autonomiefrage in Zusammenhang.

— Fürk Wilhelm von Hohenzollern hielt unter Glockengeläute, Büchschließen und Beteiligung aller Schulen seinen feierlichen Einzug in die Stadt Eimaringen. (Der Fürk, bei Berlin vor kurzem Kommandeur der 3. Garde-Infanteriebrigade in Berlin war, hat bekanntlich seinen Wohnsitz genommen und seinen dauernden Wohnsitz von Berlin nach Eimaringen verlegt.)

— G. H. Oberregierungsrat v. Schwerin vom Ministerium des Innern wird als fünftiger Regierungspräsident in Frankfurt a. O. Oberbezirk.

Wann wird der preussische Landtag einberufen?

Die halbamtlichen „Berliner Polit. Nachrichten“ schreiben: Es ist selbstverständlich, daß über den Tag der Eröffnung der Tagung ein Beschluß des Staatsministeriums noch nicht gefaßt ist. Das kann erst geschehen, wenn sich übersehen läßt, wie sich die Geschäftsbedingungen am besten gestalten lassen. Sicher ist jedenfalls, daß der preussische Landtag im Herbst einberufen werden wird. Nun würde in den erwünschten Erörterungen hervorgehoben, daß wahrscheinlich der November herantommen werde, ehe der Landtag werde zusammenzutreten können. In gegenüber darf darauf hingewiesen werden, daß von der Regierung im Abgeordnetenhause die Erklärung abgegeben ist, es sei in Aussicht genommen, den Landtag im Oktober dieses Jahres zu veranlassen, um ihm ausreichende Zeit zur Beratung der Verbesserungsvorschläge vorzulegen zu gewähren. Von dieser Ansicht würde selbstverständlich nur abgegangen werden, wenn sich etwa dazu zwingende Gründe herausstellen sollten.

Die Protestbewegung in Sachen Schilling.

Wie die „liberale Cor.“ berichtet, beginnt jetzt in Schleswig-Holstein die Protestbewegung-Bewegung in Sachen Schilling. In Kiel wird am heutigen Sonnabend vor dem dortigen liberalen Verein der Reichstagsabgeordnete Dr. Wiemer über den Fall Schilling, ein Attentat auf Meinungsfreiheit und Selbstverwaltung sprechen. Landtagsabgeordneter Hoff wird Anfang nächster Woche in Hebe über den Fall Schilling sprechen. Weitere Versammlungen werden folgen.

Inzwischen ist der Bürgermeister Plewta-Schleswig im Disziplinerverfahren gegen Schilling vernommen worden. Er hat sich in Abrede gestellt, daß er sich Schilling gegenüber den Anträgen gegeben habe, als habe er (Plewta) bei dem bekannten Fall in Sachen der Kandidatur im Auftrage der Regierung gehandelt. Dr. Schilling hat bekanntlich einen ganz anderen Eindruck von dem Eingreifen des Herrn Plewta gehabt und von diesem Eindruck aus sofort zu dritten Personen gesprochen. Wie verlautet, wird die Art, in der Herr Plewta jetzt Herrn Schilling Lügen strafte, noch entsprechende Folgen haben.

Dr. Hahn.

Der Direktor des Bundes der Landwirte, Dr. Hahn, sollte sich nach einer Zeitungsmitteilung um die Stellung des Landesparlamentarikers der Provinz Hannover beworben haben. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat dieser Mitteilung nur mit einem unklaren Dementi entgegengetreten. Ein zuverlässiger Seite wird dem „Deutschen Boten“ jetzt beifügt, daß sie durchaus auf Richtigkeit beruht, und zwar mit dem Hinzufügen, daß Dr. Hahn sich nach einem ruhigen Posten

leine, um seine durch die agitatorische Tätigkeit für den Bund der Landwirte stark mitgenommenen Nerven wieder in Ordnung zu bringen. Gleichzeitig wird uns bezeugt, daß die Bemerkung Dr. Hahns so gut wie ausschließlich als seine Ernennung dem National-Liberalismus in Hannover einen zu starken Schlag gegen den Kopf verfehlen würde.

(Im Lande Bennigsen müßte es allerdings auch als besondere Bräuterei einer Partei, die gerade dort den breitesten Boden hatte, empfunden werden, wenn die Stelle eines Landesaußenmanns einem Wanne übertragen würde, der sich selber selbst zu dieser Partei zählte, die dann aber in Anbetracht einer Trennung zwischen sich und ihm selbst, und später aneinander gerade von seiner Seite aus die größten Schwierigkeiten zu erfahren hatte. Offenbar hat der Ausfall der letzten Landtagswahlen in Hannover, der den National-Liberalen empfindliche Verluste zugunsten des Bundes der Landwirte einbrachte, in Dr. Hahn die Hoffnung rege gemacht, seinen Triumph jedoch in dieser Provinz zu einem endgültigen machen zu können.)

Zentrumswünsche.

Die „Postliche Ztg.“ bringt in ihrer heutigen Morgenausgabe einen sehr beachtenswerten längeren Artikel, in welchem dem Dr. Baumbach's Vorschlag im „Tag“, man solle im Reichstag dem Zentrum einen Sitz im Präsidium einräumen, in folgender Weise entgegengetreten wird: „In Wirklichkeit ist für das Zentrum die Frage des Eintritts eines Angehörigen in das Reichstagspräsidium verhältnismäßig belanglos. Die Hauptsache ist die Wahrung durch die Wahl eines in einem Zentrumsaugende in dem Reichstagspräsidium eventuell den Zweck der Blockabsicht nach außen bekunden zu können. Der freisinnigste Abg. Dr. Krentz hat vor einigen Tagen die Ansprüche der Zentrumspartei auf die nachträgliche Wahl eines der Ihrigen in das Reichstagspräsidium zurückgewiesen mit der Bemerkung: „Mit dem Block bleibt auch das Präsidium.“ Ein Zentrumswahlverrat vertritt demgegenüber offenherzig: „Eben weil wir das wissen, haben wir das Präsidium als einen geeigneten Punkt bezeichnet, an dem sich die etwa geplante Abkehr der konservativen Reichstagsfraktion von der Aushaltungspolitik befinden könne.“ Hier ist klar und deutlich ausgesprochen, daß das Zentrum mit Sehnsucht den Augenblick herbeiwünscht, da es ihm gelte, zwischen die Blockparteien einen Keil zu treiben. Da natürlich nicht daran zu denken ist, daß die National-Liberalen oder die Freisinnigen dem Zentrum auf diese freimütig auf die Außerfraktion der Abg. Dr. Krentz und Kampf um Reichstagspräsidium verzichten, ist aus der Zentrumstrategie heraus neuerdings der Gedanke angeregt worden, das Amt eines dritten Vizepräsidenten zu schaffen. Diese Frage ist schon bei Beginn der Legislaturperiode ernsthaft erörtert worden. Zweckmäßigkeit wurde dafür angeführt. Das Zentrum trägt selbst die Schuld, daß die Mehrheitsparteien innerhalb der Session eine Vernehmung ihrer Stellungnahme in dieser Frage nicht herbeiführen können, weil ein solcher Beschluß als eine Art Abbitte vor dem Zentrum und eine öffentliche Abkehr von der Blockpolitik aufgefaßt werden müßte.

Erst Frauenfrage, dann Reichsfinanzreform.

Der „Babische Beobachter“ bringt in einem Artikel, der alle Vorkänge der Reichsfinanzreform in sich vereint, eine neue Lesart über die hierher Gründe, warum das Zentrum bei der Reichsfinanzreform in den Dr. Hahns' Berge spielen will. Dasselbe spricht das Wort von drei großen Zukunftsproblemen, und dann erfährt man, daß, abgesehen von der Herabsetzung der Schul- und Einkommensteuern die Lösung der Frauenfrage zu den Aufgaben gehört, die sich in nächster Zukunft erledigen sollen, als die letzte Reichsfinanzreform. Das soll aber am Wichtigsten sein. Und wenn die „Babische Beobachter“ meint, in völliger, bitterer Ernst, daß die Lösung der Frauenfrage, dann die Verbesserung der Reichsfinanzen und die Gehaltserhöhung der Beamten! Aberhand Achtung!

Englische Zuversichtlichkeit gegen Dornburg.

Der Berichterstatter der Deutschen Kolonialzeitung schreibt: Während des ganzen Aufenthalts von Dornburg in Südwestafrika erwies sich die Engländer von einer Zuversichtlichkeit und Galtigkeit, die uneingeschränkt Anerkennung verdient. Für die Eisenbahnfahrten stand dem Staatssekreter ein Salonwagen zur Verfügung, und wo hierdurch Zeit gewonnen werden konnte, wurde ein Extrazug eingestellt. Bei 227 Stunden Eisenbahnfahrt war das eine nicht zu unterschätzende Annehmlichkeit, durch die viel Zeit gewonnen wurde.

Ministerwechsel in Braunschweig.

Im Herzogtum Braunschweig hat dieser Tage ein Wechsel im Kultusministerium stattgefunden, auf den liberale Kreise und die Lehrerschaft gewisse Hoffnungen zu setzen bereit sind. Der bisherige Kultusminister Dr. Triepel ist durch den Senatspräsidenten des Oberlandesgerichts, Wolff, ersetzt worden. Der neue Minister war jahrelang einer der meistbeschäftigten Rechtsanwälte der Stadt Braunschweig und hat als solcher, wie auch als Vorsteher des Stadtverordnetenkollegiums, mit allen Schichten der Bevölkerung Fühlung genommen, was man von seinen Vorgängern Triepel und Speiß, die beide das harte orthodoxe Regime vertreten haben, nicht behaupten kann.

Die Simultanfälle als Sort des konfessionellen Friedens.

Ein Beispiel konfessionellen Friedens, das einträchtige Zusammenwirken beider christlichen Konfessionen bei der Grundsteinlegung einer katholischen Kirche, ist aus Baden berichtet worden. Von gewisser Seite ist bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen worden, daß hier doch wohl eine Frucht der seit 30 Jahren bestehenden badischen Simultanfälle zu erkennen sei. Natürlich kann man das nicht ganz beweisen, denn gelegentlich kommen Fälle von besonderer Eintracht auch in Gegenden mit konfessionell getrennten Schulwesen und andererseits kommen Unverträglichkeiten in Ländern vor, die die Simultanfälle schon eine geraume Zeit besitzen. Es war ein national-liberales Blatt, das kürzlich darauf hinwies, wie das Zentrum sich bemühe, in die Simultanfälle einen Stachel einzubringen, wie der Zentrumsklerus Eltern zu Aufpöhlern und Spionen über den Unterricht in den Simultanfällen heranzubringen und konfessionellen Unfrieden stifte. Man sollte es nicht für möglich halten, aber die „Kreuzzeitung“ bringt es fertig, diese Feststellung gegen die Simultanfälle anzuspitzen. Man mag über die Simultanfälle denken, wie man will, aber aus den Bemühungen der Gegner der Simultan-

schule, die darauf gerichtet sind, die natürlichen Wirkungen dieser Schulgestaltung zu lähmen und konfessionellen Unfrieden zu stiften, die Unzulänglichkeit der Simultanfälle zu folgern, ist doch ein hartes Stück!

Sommerlegenden.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „National-Allg. Corr.“:

Die „Deutschen Nachrichten“ sollen von einer Konferenz von Großindustriellen und Vertretern der national-liberalen Parteiliste erfaßt haben, die „vor einiger Zeit“ im Reichstagsgebäude stattgefunden hätte. Dabei sei dann den Industriellen „das Zugeständnis gemacht worden, daß denjenigen Abgeordneten oder Parteimitgliedern, welche Anhänger der öffentlichen Abstimmung bei den Landtagswahlen nicht verboten oder ermahnt werden soll.“ Das Geschiehliche ist sehr interessant. Es hat nur den einen Fehler: es ist von A bis Z erfunden. Niemand meint die „Deutschen Nachrichten“ eine Besprechung, die nach während der Parlamentssession und lange vor dem Reichstagsparteiung stattgefunden hat. Die letzte allerdings im Reichstag. Aber auf ihr erschienen nicht Vertreter der Parteiliste, sondern die Fraktionen von Reichs- und Landtag, und es wurde auch nicht über die Landtagswahlen verhandelt, sondern über sozialpolitische Fragen wie Tarifabkommen und ähnliches. Auf diesem Gebiet stehen sich die Abgeordneten von Vertretern der Industrie über deren Auffassungen informieren. Von Landtagswahlrecht, öffentlicher oder geheimer Abstimmung ist dabei auch mit keinem Worte die Rede gewesen.

Allgemeine Mitteilungen.

Wie alljährlich im August eine Reihe von Richtern und Staatsanwälten der Reichsliste verlesen worden. Den Titel Landgerichtsrat haben, wie im letzten „Justizministerialblatt“ amtlich bekannt gemacht wird, 95 Landrichter erhalten, deren Dienstatte zwischen dem 25. November 1898 und 26. Juni 1894 liegt. Zu Amtsgerichtsräten sind 75 Amtsrichter ernannt worden, deren richterliche Dienstatte zwischen dem 23. April 1890 und 4. Juli 1894 liegt. Von den zu Staatsanwaltschaftsräten ernannten 14 Staatsanwälten hat der älteste ein Dienstatte vom 9. Dezember 1898 und der jüngste ein solches vom 3. Juli 1904.

In Berlin und vielen deutschen Städten fanden dieser Tage Hausausstellungen bei Nationalität statt. Es handelt sich um antimilitärische Artikel des „Revolutionär“.

Der bayerische Landtag wurde am Freitag, wie aus München gemeldet wird, bis auf weiteres vertagt.

Mitte Oktober treffen in Düsseldorf unter Führung Sir Thomas Barclay's englischer Kommunalpolitiker ein, darunter einige Lordmagistrats, um die Gemeindegrenzen zu studieren. Das Hauptquartier ist Düsseldorf, von wo aus Besuche in die Nachbarstädte gemacht werden.

Ausland.

Die Arbeiterbewegung in Dänemark.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Die Vertreter der Gewerkschaften eruchten gemäß einer in ihrer letzten Versammlung angenommenen Resolution den Minister des Innern, Vertrauensmänner des Arbeitgeberverbandes, der Gewerkschaften sowie der streikenden und ausgesperrten Arbeiter zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzuberufen, um über die näheren Umstände bei der Wiederaufnahme der Arbeit sich zu verabreden. Der Minister forderte daraufhin die Hauptorganisationen auf, mit ihren Untergenerationen zu verhandeln. Voraussetzungen erfolgt die Wiederaufnahme der Arbeit zu Anfang nächster Woche.

Die Eroberung der Luft.

Dem englischen Kriegsminister Saldae sind mehrere Petitionen zugegangen, in denen unter Hinweis auf Deutschland die Gewährung größerer Summen für eine Luftschifferabteilung befürwortet wird. Halabane hat die Erwägung der Eingaben zugelangt.

Die Geheimnisse des serbischen Königsthrons.

Aus Pest wird gemeldet: Der hier wohnende serbische Staatsangehörige Miklos, der Zeuge der Ermordung König Alexanders und der Königin Draga war, übergab dem ungarischen Nationalmuseum ein verpacktes Paket mit 45 Schriftstücken, das erst nach dem Tode König Peters geöffnet werden darf. Die Dokumente betreffen sich auf den Kampf König Peters um den serbischen Thron.

Finb Pascha.

Aus Konstantinopel verlautet: Kund Pascha sagte in einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „B. T.“: Seine Verbannung sei eine dauernde Konquisition gewesen. Mehrfach habe man seinem Leben nachgestellt; 14 Verhaftungsversuche seien angestellt worden. Er glaube, man werde jetzt eine Politik der offenen Tür haben. Es bestche keine anti-deutsche Stimmung.

Drohbriefe an Mehmed Ali Bei.

Ein Bosphoraner Telegraph besagt: Mehmed Ali Bei, der abgelehnte türkische Gesandte hat, wie das „B. T.“ berichtet, in den letzten Tagen wiederholt von unbekanntem Abenden Drohbriefe erhalten. In einem derselben heißt es: „Wenn du es wagst, nach New York zu kommen, werden sie dich töten. Die Sonne ist mit neuem Glanze über der Türkei aufgegangen, und alle, die ihr lares Licht verdünnern, müssen sterben. Der Sohn Zait Pasha soll jenen, die ihr Land fliehen, kastrieren.“ Mehmed Ali ist durch diese Briefe sehr in Unruhe versetzt und verläßt unter dem Vorwande, daß er krank sei, vorerst seine Wohnung nicht. Es wird erzählt, daß es zwischen ihm und dem neuernannten unteritalienischen Gesandten Nuchschid Bei zu einer hitzigen Szene gekommen ist, in der der Gesandte über den bisherigen Gesandten der Weltlichkeit beklagte und ihn einen Feind seines Vaterlandes nannte.

Prosperitätsangreiff der amerikanischen Geschäftsreisenden.

Aus New York berichtet man: Heute begann ein von dem Verbands amerikanischer Geschäftsreisender veranstalteter sog. Prosperitätsangreiff, der die Eröffnung einer Nation zur Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens und zur Wiederbelebung des Geschäftsverkehrs bezweckt. Von den hiesigen Arbeitslosen wurde eine Kundgebung veranfaßt, durch die dem Kongreß der Umfang des Arbeitsmangels dargetan

werden sollte. Die Menge wurde jedoch auseinander getrieben. Infolgedessen sandte das Komitee an den Kongreß ein Schreiben mit der Mitteilung, daß in New York über 40 000 Personen ohne Geldmittel seien und 5 unger litten.

Kleine Tagesnachrichten.

Die vom Kaiser Franz Josef anlässlich seines Regierungsjubiläums geplante Amneistie soll am 17. August proklamiert werden.

55. Deutscher Katholiken-Tag.

(Von unseren Berichterstattern.)

(Nachdr. verb.)

S. u. H. Düsseldorf, 14. August.

Die innerpolitischen Sommerferien neigen sich ihrem Ende zu. Mit der am kommenden Sonntag zusammen tretenden 55. Generalversammlung der katholischen Deutschen beginnt das parteipolitische Leben sich wieder rege zu entfalten, und die sich anschließenden Parteitage der liberal-demokratischen, national-liberalen und der freisinnigen Volkspartei werden ebenfalls wie der Katholikentag das allgemeine Interesse wieder in Anspruch nehmen. Zum zweiten Male tritt der Deutsche Katholikentag

im Zeichen der Blockpolitik

zusammen, durch die das Zentrum von seiner dominierenden Stellung in unserer inneren Politik abgedrängt wurde, aber nichtsdestoweniger findet die alljährlich wieder die politische im Zentrum zusammengefallene Welle abgehaltene Herzhaft die höchste Aufmerksamkeit für ihre Verhandlungen in der breiten Öffentlichkeit vor. Weß man doch, daß die letzten Reichstagswahlen dem Zentrum trotz aller Schwierigkeiten, die seine ablehnende Haltung gegenüber der Motten- und Kolonialpolitik im bezette hatte, eine Vernehmung seiner Mandate gebracht haben, und daß es nur von den kommenden Ereignissen im Reichstage abhängt, wann es wieder zu seiner alten Macht und Herrlichkeit gelangt. So merkt man denn auch in den Vorbereitungen zu diesjährigen Deutschen Katholikentag nichts von einem Abflauen oder gar einem Rückzuge der gewaltigen Bewegung, welche diese katholischen Generalversammlungen und mit ihnen das Zentrum groß gemacht hat. Wenn auch alljährlich verurteilt wird, daß seine Haltung gegenüber der Motten- und Kolonialpolitik im bezette hatte, eine Vernehmung seiner Mandate gebracht haben, und daß es nur von den kommenden Ereignissen im Reichstage abhängt, wann es wieder zu seiner alten Macht und Herrlichkeit gelangt. So merkt man denn auch in den Vorbereitungen zu diesjährigen Deutschen Katholikentag nichts von einem Abflauen oder gar einem Rückzuge der gewaltigen Bewegung, welche diese katholischen Generalversammlungen und mit ihnen das Zentrum groß gemacht hat. Wenn auch alljährlich verurteilt wird, daß seine Haltung gegenüber der Motten- und Kolonialpolitik im bezette hatte, eine Vernehmung seiner Mandate gebracht haben, und daß es nur von den kommenden Ereignissen im Reichstage abhängt, wann es wieder zu seiner alten Macht und Herrlichkeit gelangt. So merkt man denn auch in den Vorbereitungen zu diesjährigen Deutschen Katholikentag nichts von einem Abflauen oder gar einem Rückzuge der gewaltigen Bewegung, welche diese katholischen Generalversammlungen und mit ihnen das Zentrum groß gemacht hat.

der Parteitag des Zentrums,

für den die städtische Kunst- und Gartenbau Düsseldorf heute die letzten Vorbereitungen traf.

Dem Hauptbahnhof bis zu der eigens für die Generalversammlung erbauten Festschale sieht sich eine prächtige Wirkung umhals durch die ganze Stadt, die außerdem, fast Haus bei Haus, einen herrlichen Festschmuck angelegt hat. Im Herzen des katholischen Rheinlandes gelegen, rechnet Düsseldorf damit, den imposantesten aller bisherigen Katholikentage in seinen Mauern zu beherbergen, und demgemäß sind die Vorbereitungen in der Stadt selbst wie auch in der am Rheinufer gelegenen Festschale in riesigen Dimensionen gehalten. Man hat sich nicht darauf beschränkt, für die Generalversammlung einen einfachen Holzbau zu schaffen, sondern man hat nach den Plänen des Professors Kleefeldt einen massiven Bau mit architektonisch höchster Gliederung errichtet, der etwa 15 000 Menschen Unterkunft bieten wird. Wie alljährlich, so wird auch diesmal der Katholikentag mit einer

katholischen Arbeiterdemonstration

eingeleitet werden, die in Form eines Arbeiterfestzuges und aus Anlaß der Feier des goldenen Priesterjubiläums Papst Pius X. zugleich als eine Huldigung für den Pontifex maximus gedacht ist. Zu diesem Festzuge sind etwa 800 Arbeiter, Handwerker und Gesehensvereine mit über 60 000 Mitgliedern und ca. 70 Musikkapellen angemeldet.

Zur Beköstigung dieses Festzuges hat man u. a. den Oberhaupt der Diözese, den Kardinal-Erzbischof von Köln Dr. Antonius Fischer, den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Freiherrn v. Schorlemer-Neßler und die Vertreter der übrigen staatlichen und bürgerlichen Behörden eingeladen.

Am Abend findet dann die Begrüßung der Teilnehmer statt, an die sich an den folgenden Tagen der Woche die geschehenen und vier öffentliche Generalversammlungen des Katholikentages anschließen werden. Daneben laufen etwa 100 Spezialversammlungen der Vereinigungen katholischer Kaufleute, Lehrer, Studenten, Handwerker, Arbeiter usw.

In allen Tagen sind auch große Konfessionsämter in den benachbarten Kirchen der Stadt und außerdem für den Mittwoch eine

Männerwallfahrt

zu Schiff nach Kaiserswerth am Rhein vorgesehen. Aus Anlaß der Generalversammlung hat der unter dem Vorsitz des Ergraben Droste zu Wischering stehende ständige Ausschuss eine

Einladung

erlassen, in der es u. a. heißt:

Wir haben nicht nötig, die Bedeutung der alljährlichen katholischen Generalversammlungen darzulegen; sie sind anerkannt als vorbildliche Veranstaltungen, als maßvolle Rundungen katholischen Denkens und Wirkens. Und wie es auf den früheren Versammlungen war, so soll es mit Gottes Hilfe auch in Düsseldorf sein. Von neuem wollen wir uns und der Welt vor Augen führen die kulturelle Bedeutung unseres heiligen katholischen Glaubens, ehrlich und ehrig die Richtlinien prüfen für unsere Bestätigung im öffentlichen Leben, in besonderer Ausprägung unsere Pflichten und rufen zu tätigerem Wirken für Kirche und Vaterland, von neuem gefestigt und verlangend die Mahnung und Förderung des konfessionellen und des sozialen Friedens. Alle Stände soll unsere Verammlung umfassen, allen soll sie dienen, die gemeinsamen Interessen fördern, die widerstreitenden ausgleichen. Die ganzen Verhandlungen aber sollen getragen sein von dem Gebante treuen, unerschütterlichen Festhaltens an dem von den Vätern ererbten christlichen Glauben, an unserer heiligem katholischen Kirche. Und wahrlich, nur tut dies unsern Tagen die Pflege und Kräftigung dieses Gebante! Von allen Seiten kommen Angriffe auf Christentum und Kirche: Das Christentum soll veraltet, die christliche Kultur leide nicht mehr zeitgemäß, die katholische Kirche von alteren und Fortschritt überholt sein, die Katholiken im öffentlichen Leben erst gequält werden, wenn sie sich um den öffentlichen Leben betreiben. Diesen Angriffen wollen wir entgegengehen das freudige Bekenntnis zu Christentum und Kirche, die Identität der Kirche, die Identität der Katholiken - festzuhalten in der Liebe zum Vaterland - beständig wie zu allen Zeiten mit Liebe und Verehrung, in Treue und

Geborsam aufstehen zum Oberhaupt ihrer Kirche, zum Stellvertreter Christi auf Erden, dem hl. Vater in Rom. Gerade die diesjährige Verammlung hat besonderen Anlaß, den Gefühlen treuer Anhänglichkeit an den hl. Vater Ausdruck zu geben. Am 18. September tritt Pius X. in das 50. Jahr seines priesterlichen Standes, und dankbaren Herzens bringen die Katholiken aller Länder dem Jubelpriester ein Petri Stuhl begehrte Huldigungen dar. Allgemeiner freudiger Zustimmung durfte deshalb das Zentralkomitee zur Vorbereitung der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands gewiß sein, als es beschloß, daß das Papstjubiläum der 15. Generalversammlung zu Düsseldorf ein besonderes Gepräge verliehen und diese zu einer großen Ausdehnung der Katholiken Deutschlands zu Ehren des hl. Vaters gehalten solle."

Ueber die Verhandlungen werden wir berichten.

Provincial-Nachrichten.

Ausstellung für Wohnungsweisen und Volkserziehung. + Braunschweig, 15. August. (Priv.-Tel.) Heute vormittag 11 Uhr wurde im Wilhelmsparken die vom Verband deutscher Mietervereine und vom braunschweigischen Mieterverein veranstaltete Ausstellung für Wohnungsweisen, Hauswirtschaft und Volkserziehung nach einer Ansprache des Vorsitzenden des Verbandes, Verlagsbuchhändler Jöhrens Geppig, und des Vorsitzenden des hiesigen Mietervereins, Rechtsanwalt Schumann, eröffnet. Es folgte ein Rundgang durch die reichhaltige Ausstellung, dem sich die Vertreter der Behörden und die sonstigen Anwesenden angeschlossen.

Schlechter Geschäftsgang in der Porzellan- und Spielwarenindustrie. **Cornberg, 14. August.** Zahlreiche Porzellanwarenen- und Spielwarenfabriken haben infolge des schlechten Geschäftsganges und harter Exportverminderung erneut ihre Arbeitsfähigkeit verkürzt. Viele Arbeiter sind beschäftigungslos.

Großfeuer. * Wittingerode (Eichsfeld), 14. August. Ein Großfeuer hat hier vier Gehöfte eingeschifert.

(.) **Nietleben, 14. Aug.** (Diebstähle. — Wegeverbesserung.) Dem hiesigen Stationsvorsteher Herrn. Jech ist in letzter Zeit aus dem Garten verschiedene Rohl- und Gemüsesorten gestohlen worden. — Auch mehrere Ackerbesitzer klagen über vorgetommene Aes- und Kartoffeldiebstähle. — Den zahlreichen Heidebesuchern dürfte es interessieren, daß zur Zeit die Straße am hiesigen Bahnhof auf beiden Seiten Hochrod erhält, kanalisiert und auch zum Teil mit bestem Pflaster versehen wird.

* **Dienorf, 14. August.** (Der hiesige Turnverein) veranstaltete am Sonntag im Golfhose des Herrn König ein Wett- und Schauturnen. Die ersten 4 Preise fielen folgenden Turnern zu: Gustav Walthar, Karl Silbermann, Richard Albert und Paul Roth. Während des Konzerts fanden am Nachmittag Preisfestspiele und Blumenverlosung statt, abends schloß ein Ball das harmonisch verlaufene Fest.

* **Vendorf, 15. Aug.** (Verkehrsverbesserung.) Die etwa 700 Meter lange, mit Kleinpflaster versehene Straße, die sich auf der Provinzialstraße an die bereits im Frühjahr fertiggestellte Pfalterung von der Stadtgrenze her anschließt, ist nun vollendet und dem Verkehr übergeben worden. Eine etwa 1200 Meter lange Straße ist hierdurch geschaffen, die dem harten Wagenverkehr außerordentlich förderlich ist. Die noch etwa 400 Meter lange Straße bis zum Dreieck dürfte im nächsten Frühjahr ebenfalls durch Kleinpflaster weglamer geschaffen werden.

* **Süßlich, 15. Aug.** (Vom Unglück verfolgt.) Herr Fleischhauer Pfeilschneider hier hatte vor einiger Zeit auf einer Geschäftstour das Unglück, bei Dienorf mit dem Wagen zu fallen und einen besorgten rechtsseitigen Obersehenbruch zu erleiden. Durch ärztliche Kunst war der Schaden lomet geholt, daß Hr. wieder die ersten Gehversuche unternehmen konnte. Hierbei glitt er leider aus und kam so unglücklich zu Falle, daß er abermals das Bein brach.

* **Schweibitz, 15. Aug.** (Unfälle.) Der Bezirks-Ausschuß zu Merseburg hat die von den städtischen Behörden unserer Stadt beschlossene Anleihe zum Ankauf des Elektrizitäts-Werkes genehmigt. Die Anleihe soll den Mitteln der städtischen Sparkasse entnommen werden.

.. **Eichsfeld, 14. Aug.** (Kirchliche Feier.) Am 6. September sind 50 Jahre vergangen, seit unsere jetzige renovierte Kirche eingeweiht wurde. Aus diesem Anlaß soll an dem genannten Tage eine größere kirchliche Feier stattfinden. In hochherziger Weise hat zu dieser Gelegenheit Herr Aug. Sauer, Inhaber des hiesigen Elektrizitäts-werkes, unter Gotteshaus mit einer Anlage für elektrische Beleuchtung versehen, die er der Kirche gestiftet hat; auch hat er es übernommen, den zur Beleuchtung der Kirche nötigen elektrischen Strom unentgeltlich zu liefern. Außerdem sind innerhalb der Gemeinde und 1000 Mark gespendet worden zur Vornahme einer größeren Reparatur an der Kirchenorgel.

(.) **Thale, 14. August.** (Entbecker Brandstifter.) Ein hiesiger Bäckermeister, bei dem vor noch nicht allzulanger Zeit ein Brand entstanden, und dessen Entleerungsurkunde nicht aufgestellt war, erhielt in letzter Zeit wiederholt anonyme Briefe. Der Schreiber kündigte dem Empfänger an, daß sein Haus noch ganz in Klammern aufgegeben werde. Dem Polizeikommissar ist es nun gelungen, den Anonymus durch Vergleichen von Schriften in der Person des eigenen Ehepartners des Bäckermeisters zu ermitteln. Nach langem Verhör und hartnäckigem Leugnen gelang diesem, den damaligen Brand angelegt zu haben.

* **Broden, 14. Aug.** (Witterungsbericht.) Seit Mittwoh mittag hat sich das Wetter auf dem Broden bedeutend verschlechtert. Die Temperatur blieb am 12. und 13. im Tagesmittel um 8 Grad hinter dem normalen Werte zurück. Auch heute fällt wieder Regen ein, aber Sturm und Regen haben nachgelassen. Die höchste beim niedrigsten Temperatur betrug am 12. 3. W. 8.7 und 0 Grad; am 13. 4.6 und -0.2 Grad C. Heute früh zeigt das Thermometer 2.6 Grad und das Barometer um dieselbe Zeit 66.6 Millimeter. Es steht zu erwarten, daß in den nächsten Tagen die Witterung etwas günstiger wird.

* **Wüthhausen, 15. Aug.** (Eine jugendliche Einbrecherbande) ist von der Polizeibehörde ermittelt worden. Die bereits vorerhaltenen Verhöre hatten u. a. auf dem Schloßplatz eine Zuerbude erbrochen und ihres Inhalts zum Teil beraubt.

(.) **Werbach, 14. August.** (Unterworem und Verdacht.) Der in Unterworbach seligenomene Werd Amtsgerichtsgefängnis zu Wacha eingelieferte Krotte Kottisch leugnet, an dem Wörde bei Feinersdorf am 4. Dezember 1906 beteiligt gewesen zu sein. Er gibt an, nicht Kottisch, sondern Drillich zu heißen und nicht aus Krotzen, sondern aus Unnar zu kommen. Die bei ihm vorerhaltenen Ausweise entsprechen diesen Angaben, die Untersuchungsbehörde vermutet aber, daß diese Papiere gefälscht sind.

@ **Vom Eichsfelde, 14. Aug.** (Der ungelöschte Kaff.) In einem Dorfe des Eichsfeldes hatte ein Landwirt getrannte Kalksteine angefahren, und sie statt unter Dach und Fach zu bringen, auf dem Hofraum unter freiem Himmel hingelagert. Am 14. vor Witterungseinflüssen zu schützen, wurde der Kaff jedoch mit alten Leuten, Säcken, Hufen und Näden, sogar mit einem alten Bette hübsig zugedeckt. Am Mittwoch ging es puff, puff, puff, puff und ein Gewalle wurde laut, daß die Hausbewohner erschreckt aus dem Schlafe erwachten. Ein harter Gewitterregen war niedergegangen und die Kalksteine waren ins Flächen geraten. Die alten Leuten waren durch die Hitze verrostet. Es ist noch glücklich abgegangen, denn es hätte nicht viel gefehlt, so wäre das ganze Gehöft in Brand geraten.

* **Vom Eichsfelde, 14. August.** (Verhängnisvoller Schuß.) In Gerscherhausen zeigte der 45 Jahre alte Georg Anel seinen Angehörigen einen Revolver. Nichtig ist ein Schuß los und das Geschöß ging dem Unglücklichen in den Unterleib. Die erlittenen Verletzungen führten den baldigen Tod des Mannes herbei.

(?) **Alten, 15. August.** (Größere Untersuchungen) hat sich ein Kaufmannslehrling eines hiesigen Manufaktur- und Robewarengeschäfts zu Schulden kommen

lassen. Der junge, unredliche Mensch hat in wiederholten Fällen unter der Angabe, Waren nach auswärts verkauft zu haben, solche in größeren Mengen aus dem Geschäfte seines Lehrherrn erhalten und an Angehörige und Verwandte abgegeben, auf die nimmehr der Verdacht der Hechlere fällt. In einem Falle, in dem der Unredliche eine große Anzahl in Treibhäußung fingiert und einen hohen Betrag von etwa 400 Mark entnommen hatte, kam die Sache durch einen Zufall an den Tag.

v **Deutsches, 15. Aug.** (Sähere Fleischpreise.) Infolge der gestiegenen Fettviehpreise erhöhten die Fleischhändler von Deutsches und Kaitendorf den Preis für Rind- und Schweinefleisch, Wurst und Speck vorläufig um 10 Pfennig für das Pfund. Vorläufig, das klingt recht hoffnungsvoll.

* **Eisenach, 14. Aug.** (Das „rote Kreuz“.) Die Führer und Vorsteher der freiwilligen Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz hatten ihre diesjährige Hauptversammlung in den Tagen vom 12. bis 16. September hier ab. Es werden aus diesem Anlaß gegen 1000 Samariter hier erwartet.

x **Stadtilm, 15. Aug.** (Eine Bärenjagd) fand kürzlich im benachbarten Dörfchen R. statt. Ein Bürger kam vom Stadtilmer Bogschützen in später Nachmittage nach Haus. Da bemerkte er am Wasserhahn ein Tier, „viel größer als ein Hund“. Er schlug im Dorfe Wärm; nach Ermägung aller Umstände kamen die Ortsnachbarn zur Ueberzeugung, das jähselhafte Tier könnte nur ein Bär sein. Ausgerüstet mit Doppelflinte, Tefschin, Mistgabeln und Senen jog man mutig aus. Leider war alle Bemühung umsonst: Das „große Tier“ war und blieb verschunden, und die Hoffnung auf Bärenschinken blieb für diesmal unerfüllt. Aber zwei Tage lang vertrauten sich die Frauen nur unter bewaffneter männlicher Begleitung ins Feld.

— **Gefhwenda, 14. Aug.** (Nicht bestätigt.) Der herzogf. Landrat zu Arnstadt hat den zum Bürgermeister des Ortes gewählten Dornheim die Genehmigung verlag, da der Gemähte der sozialdemokratischen Partei angehöre und nach seiner Vorbildung vorwiegend als letnem Amt nicht gewachsen sei. Gegen diesen Entschluß hat nach den „L. N.“ die sozialdemokratische Mehrheit des Gemeinderates Beratung beim Ministerium eingeleitet.

* **Gera (Neuh), 13. Aug.** (Wettbewerb.) Es wurde beschloßen, im Wettbewerb für den Bau eines Krankenhauses Prämien von 3000, 2000 und 1000 Mark auszugeben und die anderen Entwürfe anzufaufen.

.. **Gera, 14. Aug.** (Eine Kindesleiche im Paket.) Vor etwa 3 Wochen wurde auf der hiesigen Gepädaufbewahrung des preußischen Bahnhofs ein kleines Paket aufgegeben. Geiern erregte es durch seinen Geruch die Aufmerksamkeit. Als man es öffnete, fand man eine vermeinte Kindesleiche, die in Watte und Stoffen verpackt war. Ob das Kind gewaltsam getötet wurde, ist noch nicht festgestellt worden. Das Paket ist von einer unbekannten Person aufgegeben worden, die damals mit dem Zug 634 von Halle — Leipzig — Gera hier ankam.

— **Holzwinden, 14. Aug.** (Einbruchsveruch im Steueramt.) Im hiesigen herzoglichen Steueramt wurde, wie die „L. N.“ berichtet, in der vergangenen Nacht ein Einbruch verübt. Die mit der Verhiklichkeit anheimelnden vertrauten Diebe sind von der Obersteife in das Gebäude eingedrungen, haben die Karte Meuer durchsucht und auch bis erste Tür des sehr starken Gebirgsverbaus geöffnet, konnten aber die zweite Tür nicht öffnen, entweder weil sie gefehlt wurden oder weil die Tür genügend widerstandsfähig war. Außer dem Materialschaden sind dem Amte Schäden nicht entstanden.

— **Personalnachricht.** Dem Regierungsbaumeister des Hochbau-faches Hiede in Merseburg ist die nachgelagte Entlassung aus dem Staatsdienste erteilt worden.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg;
für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: v. R. Wilhelm Georg; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul S. Baumburg; für den Bundesrat: Fritz Rana; für den Inzeratenteil: Friedrich G. Bruns; Druck und Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Schneiderei-Zutaten.

Tailenstäbe	Dtзд. 25, 18, 7 Pf.	Nähnadeln	Brief 10, 6, 4, 1 Pf.	Soidene Schnur	das Meter 12, 6, 4, 3 u. 2 Pf.
Tailenverschlässe mit Fischbein	Stück 20, 16 Pf.	Stecknadeln	2 Briefe 5 Pf.	Lamalitze in allen Farben	Stück 10 Mtr. 18 Pf.
Tailenverschlässe	Stück 16, 10, 9, 3 Pf.	Haken und Oesen „Prmys“	Pack 15 u. 3 Pf.	Heftgarn	Rolle 7 Pf.
Tailenband	Stück 10, 7, 3 Pf.	Schwarzes Band	das Stück 10 Pf.	Kragenstützen, Cellulose	Dtзд. 12 Pf.

Ackermanns Obergarn.

Kragen-Einlagen	St. 9, 7, 2 Pf.
Schutzblätter	Paar 45, 35, 25, 18, 10 Pf.
Sternzwirn	der Stern 6, 5, 3 Pf.
Sammeltoss mit Besenborte	Mtr. 45, 38 Pf.

Prmys Druckknöpfe „Zukunft“, das Dtзд. 12 Pf.

Fingerhüte, Stahl und Aluminium	St. 8, 5, 3 Pf.
Fingerhüte, Celluloid	St. 7 Pf.
Centimetermasse	St. 15, 10, 1 Pf.
Mohairschutzborte	Mtr. 10, 7, 4 Pf.

Ackermanns Untergarn.

Kragenstützen vom Stück	Meter 23, 12 Pf.
Nahband	Meter 8, 6, 4, 3, 2 Pf.
Kunstfischbein 100 cm lang	Stab 12 Pf.
Druckknöpfe mit Feder	Dutzend 10, 5 Pf.

Gruschwitz Nähzwirne.

Schneider-Seide in Docken A, B, C, Docke 30 Pf.	Knopflochseide a. Kreuzspulen, Spule 10 Pf.
Schneider-Seide la. Nr. 16—30 Rolle 38 Pf.	Schwarze Chappeseide Nr. 30—70 Docke 10 Pf.
Knopflochseide in Docken Nr. 2, 4, 6, Docke 15 Pf.	Nähseide „Gütermann“ 50 Meter-Spule 7 Pf.
Schwarze Chappeseide a. Kreuzspulen, Spule 25 Pf.	Filofosse-Stückseide, alle Farben Docke 10 Pf.

Prmys Reformhaken schwarz u. weiss, das Dtзд. 7 Pf.

Gütermanns Nähseide.

Nähseide, schwarz und farbig Rolle 4, 2 Pf.
Nähseide, schwarz, in Docken Docke 10 Pf.
Knopflochseide in allen Farben Dutzend 15 Pf.
Cordonettseide, schwarz und farbig Docke 15 Pf.

Futterstoffe
Preise ohne Konkurrenz.

Prmys Tailenverschlässe „class. gran.“ Stück 33 u. 23 Pf.

Posamenten
Neuheiten der Saison.

Preise und Auswahl ohne Konkurrenz.

Geschäftshaus J. Lewin

Halle a. S. Marktplatz 2 und 3.

